

22. März 2019

Arbeit im Landtag

Themenwoche #SozialesEuropa



Urheber: SPD-Landtagsfraktion

Liebe Leserinnen und Leser,

Rechtspopulisten in allen Ländern Europas fahren derzeit Kampagnen gegen die Europäische Union. Ihr erklärtes Ziel: die Abschaffung des Europäischen Parlaments oder sogar der gesamten EU. Wenn schon die Chefs der großen Revierkonzerne vor dem Erstarken von Populisten in Europa warnen und sich mit einem Wahlaufruf an ihre Beschäftigten wenden, dann ist das ein Zeichen dafür, wie ernst man die Lage nehmen sollte.

Auch der nordrhein-westfälische Landtag ruft die Bürgerinnen und Bürger in NRW mit einem gemeinsamen Antrag von SPD, Grünen, CDU und FDP dazu auf, ihr Stimmrecht bei der kommenden Europawahl im Mai zu nutzen. Der Aufruf ist Teil einer Reihe europapolitischer Anträge, die wir als SPD-Fraktion in diesen Wochen in den Mittelpunkt unserer parlamentarischen Initiativen stellen.

Europa ist im Wandel - es ist Zeit zu handeln.

Aber um Europa zu bewahren, muss auch Veränderung möglich sein, für ein sozialeres Europa. Es muss zusammenbleiben, was zusammengehört. Die Europäische Union sollte eine demokratische Macht sein, die unseren Sozialstaat vor den schlechten Seiten der Globalisierung schützt: mit besseren Sozialstandards, mehr Steuergerechtigkeit, einer einheitlichen Asylpolitik und einer gemeinsamen Industriepolitik für eine erfolgreiche Energiewende.

Wir in der SPD-Fraktion machen uns stark für ein #SozialesEuropa. In der kommenden Plenarwoche stellen wir daher eine Vielzahl europapolitischer Anträge in den Mittelpunkt unserer Initiativen. U.a. fordern wir zum Equal Pay Day, dass sich die Landesregierung im Rahmen ihres Vorsitzes der Europaministerkonferenz (ja, den hat sie tatsächlich inne, nur keiner merkt es) für ein EU-weites Lohngerechtigkeitsgesetz einsetzt. Wir wollen ein starkes Signal für ein #SozialesEuropa setzen: Damit zusammenbleibt, was zusammengehört.

Alle unsere Anträge findet Ihr unter diesem Link

CDU und FDP wollen die kommunale Demokratie beschädigen



Urheber: SPD-Landtagsfraktion

Die Sachverständigenanhörung vom 15.02.2019 zur Novellierung des Kommunalwahlgesetzes stand heute im Mittelpunkt des Kommunalausschusses. Wichtigster Bestandteil der von der schwarz-gelben Koalition beabsichtigten Neuregelungen sind die Abschaffung der Stichwahlen bei Bürgermeistern und Landräten sowie eine Neueinteilung der Kommunalwahlkreise. Dazu erklärt Stefan Kämmerling, kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag:

"Die Mitte Februar zur Anhörung geladenen Verfassungsrechtsexperten hatten die schwarz-gelben Pläne geradezu zerrissen und sie als wahrscheinlich verfassungswidrig eingestuft. Übereinstimmend war kritisiert worden, dass die Vorlagen der Regierungsfraktionen in keiner Weise hinreichend begründen, warum die angestrebten Gesetzesänderungen erforderlich sind.

Darüber hinaus hatten die Sachverständigen weitere elementare Gründe aufgeführt, die klar gegen die Abschaffung der Stichwahl sprechen. Insbesondere führt sie zu einer Beschränkung der Partizipationsmöglichkeit der Wähler. Sie bringt nämlich Bürgermeister und Landräte hervor, die im ersten Wahlgang sehr weit unterhalb der Schwelle der absoluten Mehrheit gewählt wurden. Solch niedrige Stimmenanteile der Wahlsiegerinnen und Wahlsieger gewährleisteten keinen ausreichenden Rückhalt durch die Bürgerinnen und Bürger! Dies würde die demokratische Legitimation der gewählten Bürgermeister und Landräte beschädigen!

Auch die geplante Änderung der Kriterien bei der Einteilung der Wahlbezirke bei der Kommunalwahl begegnete deutlicher Kritik. Zukünftig sollen nach den Plänen der schwarz-gelben Koalition bei der Ermittlung der Einwohnerzahl eines Wahlbezirks diejenigen Personen unberücksichtigt bleiben, die nicht Deutsche oder Staatsangehörige eines anderen EU-Mitgliedsstaates sind.

Diese Änderung würde in der Praxis dazu führen, dass insbesondere diejenigen Wahlbezirke, in denen viele Nicht-Deutsche bzw. Nicht EU-Bürger ihren Wohnsitz haben, unnötig vergrößert werden. Die Betreuungsmöglichkeiten durch die zuständigen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in diesen Wahlbezirken würden aufgrund dieser Vergrößerungen erschwert. Wir bekämen dadurch faktisch eine Verzerrung der tatsächlichen Einwohnerzahlen und Wahlbezirke 'erster Klasse' und 'zweiter Klasse'.

Die SPD hat die Koalitionsfraktionen heute deshalb noch einmal ausdrücklich mit den offenkundigen Mängeln ihres Gesetzentwurfs konfrontiert. Wir erwarten, dass die schwarz-gelbe Koalition ihre unausgegorenen Vorschläge zurückzieht!"

Artenvielfalt in NRW erhalten

Bedrohte Artenvielfalt: Vor allem Wildbienen und Schmetterlinge, aber auch Amphibien, Reptilien, Fische und Vögel sind betroffen. Es ist naheliegend, dass derartige Entwicklungen, die Störung des biologischen Gleichgewichts, nicht folgenlos am Menschen vorbeigehen.

Die von der Landesregierung angekündigten Änderungen des Landesnaturschutzgesetzes, des Landeswassergesetzes und des Landesentwicklungsplans sind allerdings bisher nur ein naturschutzpolitischer Rückschritt. Wir fordern in einem gemeinsamen Antrag mit den Grünen die Landesregierung auf, ihre Verantwortung für die Sicherung der Artenvielfalt ernst zu nehmen und sich für den Erhalt des Artenreichtums einzusetzen.



Urheber: SPD-Landtagsfraktion

Drucksache 17/5380

Verlängerung des Hochschulpakts – nicht im Hinterzimmer!

Der Hochschulpakt soll durch die Zusammenarbeit von Bund und Ländern zu einer verstärkten Förderung von Wissenschaft und Hochschulbildung beitragen. Damit erhalten die Hochschulen in NRW finanzielle Planungssicherheit, um für optimale Bedingungen in Forschung und Lehre zu sorgen. Aktuell finden die Beratungen über die Verlängerung und finanzielle Neuausrichtung des Paktes statt. Was gut klingt, ist nicht immer gut umgesetzt:

Weitestgehender Ausschluss des nordrhein-westfälischen Landtages und der Hochschulen in NRW bereiten Anlass zur Sorge. Weder der aktuelle Sachstand, noch angestrebte Verhandlungsposition werden durch die Landesregierung offengelegt. Wir fordern die nötige Transparenz!



Urheber: www.pixabay.com / TeroVesalainen

Drucksache 17/5375

Situation für Forschungstätigkeiten an Hochschulen für angewandte Wissenschaften verbessern

Hohe Lehrverpflichtungen und unzulängliche Mitarbeiterausstattungen schränken die Forschungstätigkeit von Professorinnen und Professoren an Hochschulen für angewandte Wissenschaften in NRW stark ein. Anders als Universitäten verfügen Fachhochschulen nicht über eine eigenständige Grundfinanzierung für ihre Forschung. Schwarz-Gelb sollte dringend handeln und die Rahmenbedingungen an den Hochschulen verbessern.

Ein erster Schritt wäre die Senkung des Lehrdeputats der Fachhochschulprofessorinnen und Fachhochschulprofessoren von 18 auf 12 Semesterwochenstunden. Die Landesregierung muss die hierfür notwendigen Mittel zur Haushaltsberatung 2020 bereitstellen!



Urheber: www.pixabay.com / markmags

Bessere Arbeitsbedingungen für Paketzusteller!

Zeitdruck, geringe Löhne, oder sonstige offenkundige Missstände:

In der Zustellbranche werden immer wieder unzumutbare Arbeitsbedingungen öffentlich. Für die mehr als 490.000 Beschäftigten in den Zustelldiensten werden Arbeitnehmerrechte und Arbeitsschutz oft systematisch unterlaufen. Bislang können sich die Paketdienste damit herausreden, dass sie die Einhaltung von Vorschriften verlangen und geben die Verantwortung so an Subunternehmen weiter.

Die Einführung einer Nachunternehmerhaftung ist zwingend erforderlich! Nur so können mafiöse Strukturen in der Paketzustellbranche unterbunden werden. Der Bundesarbeitsminister will gegen die Ausbeutung von Paketboten vorgehen. Das Land Niedersachsen hat dazu jetzt eine Bundesratsinitiative gestartet. Mit unserem Antrag fordern wir die Landesregierung dazu auf, diese Initiative zu unterstützen!





Urheber: www.pixabay.com / mohamed_hassan

Minderjährige und Schwangere vor Passivrauchen schützen

Dass Passivrauchen mindestens genauso gesundheitsschädlich ist wie aktives Rauchen, ist mittlerweile nachgewiesen. Auf der Hand liegt: Insbesondere Kinder, Jugendliche und Schwangere sind im besonderen Maße gefährdet. Nirgends gilt das mehr als im Auto. Es ist kaum überraschend, dass selbst 67 Prozent der befragten Raucherinnen und Raucher dafür plädieren, das Rauchen im Auto zu verbieten. Der wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestags kam zu dem Ergebnis, dass ein Verbot und die entsprechende Sanktionierung nach deutschem Recht verfassungskonform wären. Auf unsere Initiative hin ist es gelungen, gemeinsam mit den Fraktionen von CDU, FDP und Grünen am Donnerstag im Plenum einen entsprechenden Antrag zum Schutz von Minderjährigen und Schwangeren zu beraten. Es wäre nur logisch: Die Landesregierung muss über den Bundesrat einen Gesetzentwurf hierzu einzubringen.



Urheber: www.pixabay.com / diema

Drucksache 17/5368

Landesregierung verschleudert Geld für intransparente Gutachten

Seit ihrem Amtsantritt 2017 hat die Landesregierung der Mitte-Rechts-Koalition durchschnittlich 900.000 Euro im Monat für Gutachten oder ähnliche Beratungsleistungen ausgegeben - ohne Ausschreibung. Insgesamt sind dies 16,5 Millionen Euro für 175 Aufträge. Dabei bleiben in den meisten Fällen nicht nur die Gründe für die Aufträge unklar, sondern viele der Gutachten werden als "Beratungsleistung" oder "interne Entscheidungsgrundlage" behandelt. Das heißt, sie bleiben unveröffentlicht. Entweder enthält die Landesregierung dem Parlament wichtige Erkenntnisse vor oder sie versucht zu verschleiern, dass sie willkürlich Aufträge an ihr nahestehende Institute vergibt. In jedem Fall verstoßen sie damit gegen Haushaltsrecht.

Diesem freizügigen Umgang mit den Landesfinanzen steht entgegen, dass selbst bei nachweislich wirksamen sozialpolitischen Maßnahmen die Finanzierung nicht sicher ist.

Ein aktuelles Beispiel dafür ist die Berufseinstiegsbegleitung. Dies ist ein wirksames Programm zur Unterstützung von jungen Menschen mit erhöhtem Begleitungsbedarf. Arbeits- und Sozialminister Laumann weigert sich jedoch, die weitere Finanzierung der Berufseinstiegsbegleitung sicherzustellen. Im Vergleich zur Vergabepraxis der Landesregierung bei Gutachten: Die Weiterführung dieses erfolgreichen Projekts würde das Land 15 Millionen Euro kosten.

Wahlkreisarbeit

Watermeier und Gebhard:

"Wittke sollte Hilfen für Steinkohlestandorte erstmal in eigener Partei absichern."



Landtagsabgeordnete Sebastian Watermeier & Heike Gebhard

Ruhr-CDU-Chef Oliver Wittke hat sich mit Kritik an den Forderungen des Gelsenkirchener Oberbürgermeisters Frank Baranowski nach einer Emscher-Universität und gezielten Strukturhilfen für das nördliche Ruhrgebiet zu Wort gemeldet.

Der Gelsenkirchener SPD-Landtagsabgeordnete Sebastian Watermeier, der gemeinsam mit seiner Kollegin Lisa Kapteinat (Castrop-Rauxel) die Arbeit der SPD- Landtagsabgeordneten aus dem Ruhrgebiet koordiniert, hat für diese Kritik kein Verständnis: "Als Staatsekretär im Wirtschaftsministerium und Chef der Ruhr-CDU sollte Wittke sich eigentlich für die Interessen des Ruhrgebiets einsetzen. Stattdessen behauptet er, es seien bereits umfassende Hilfen für die zur Schließung anstehenden Kraftwerksstandorte vorgesehen. Das ist aber weder dem Abschlussbericht der "Kohlekommission" zu entnehmen noch von der Landesregierung verlässlich zugesagt worden."

"Vielmehr sagte Ministerpräsident Laschet den Beschäftigten des Rheinischen Reviers am 19. Februar zu, dass die vollen 15 Milliarden Euro der Strukturhilfen, die NRW nach dem Kompromiss der Kohlekommission erhält, in ihre Region fließen. In dieser Rede verlor er über das Ruhrgebiet kein einziges Wort", betont Heike Gebhard MdL, "vielleicht sollte Herr Wittke zuerst beim Ministerpräsidenten aus seiner eigenen Partei dafür sorgen, dass er das Ruhrgebiet überhaupt berücksichtigt, bevor er den Weg an die Öffentlichkeit sucht."

"Auch in der folgenden Plenardebatte zum Abschlussbericht der "Kohlekommission" lobte die Landesregierung und die Fraktionen von CDU und FDP die Projektideen für das rheinische Braunkohlerevier und die umfassende, dorthin fließende Förderung gemäß des Abschlussberichts. Unsere Forderungen jedoch, auch die Steinkohlekraftwerksstandorte in die Förderung mit einzubeziehen, erteilte CDU-Fraktionschef Bodo Löttgen eine Absage und verwies auf weitere, dazu noch zur Verfügung zu stellende Mittel in unbekannter Höhe", wundert sich Watermeier. "Oliver Wittke wiederum, der wohlgemerkt ebenfalls der CDU angehört, vermittelt nun das Bild, es würden in jedem Fall Mittel der Strukturhilfen ins Ruhrgebiet und nach Gelsenkirchen fließen. Das ist Stand heute nicht der Fall. Oliver Wittke sollte die Hilfen für die Steinkohlestandorte erstmal in seiner eigenen Partei und der NRW-Landesregierung absichern."

Auch ein weiterer Aspekt von Wittkes Kritik stimmt Watermeier zornig: "Die Kritik des Ruhr-CDU-Chefs richtet sich gegen konkrete Vorschläge zum Strukturwandel. Er wirft den Kommunen im Ruhrgebiet Ideenmangel vor. Dabei sind in den letzten Jahren zahlreiche Vorschläge in den Bereichen Infrastruktur, Bildung, Digitalisierung, Ökologie und neue Wirtschaftsbereiche gemacht worden, vonseiten der Kommunen, des RVR und vor allem auch im Rahmen einer parteiübergreifenden Konferenz der Abgeordneten des Landtags, des Bundestags und des europäischen Parlaments aus dem Ruhrgebiet im Jahr 2015, an der Wittke selbst als einer der Schirmherren mitgewirkt hat. Keiner dieser vielen Vorschläge ist im Rahmen der Kohlekommissionsverhandlungen von Seiten der Landesregierung oder vonseiten des Bundeswirtschaftsministeriums aufgegriffen worden. Beide sind CDU-geführt. Das ist das Versäumnis des Chefs der Ruhr-CDU Oliver Wittke."

Wir sind Europa: Open Space Europe

"Wir sind Europa!" - so lautet das gemeinsame dreijährige Projekt der Stiftung Zukunft Berlin, des Walter Hallstein Instituts der Humboldt Universität Berlin und der Internationalen-Journalisten Programme e.V. IJP.

Interessierte aus Gelsenkirchen und Umgebung hatten am 27. Februar die Möglichkeit, hierzu ihre Meinung zu äußern und entsprechende Fragen zu stellen. In kleinen Runden konnten Sie mit Vertreterinnen und Vertretern der Stadt-, Landes- und Europapolitik, aber auch mit Journalistinnen und Journalisten, Studierenden und Kulturschaffenden aus ganz Europa diskutieren, wie **sie** Europa aktiv mitgestalten können und wollen.

Soziale Gerechtigkeit, offene Grenzen, Lobbyismus, Bildungs- und Kulturaustauschprogramme sowie die Rolle der Medien, das sind nur einige der Schlagwörter, die im Rahmen der Diskussion eine große Rolle spielten. Gleichzeitig konnte man von vielen Beispielen erfahren, wie Bürgerinnen und Bürger vor Ort die europäische Idee selbst aktiv umsetzen. Das sind gute Aussichten für die Europawahl am 26. Mai 2019. Ich bedanke mich bei den Initiatoren für die gelungene Veranstaltung sowie den Teilnehmerinnen und Teilnehmern für die rege Diskussion!



Urheberin: Ines Walter (Wir sind Europa)

Ausstellung von Gelsenkirchener Künstlern im Landtag NRW eröffnet

Diese Woche eröffnete Heike Gebhard im Landtag NRW die Ausstellung "Malerei und Skulptur" des Künstlerpaares Bernd und Marion Mauß. Der Landtag NRW ist als Ausstellungsort bei Künstlern so sehr begehrt, dass die Abgeordnete diese Ausstellung bereits vor zwei Jahren ein stielte.

Stolz würdigte Heike Gebhard MdL das Künstlerpaar, das seit fast zwei Jahrzehnten seinen Arbeits- und Lebensmittelpunkt in Gelsenkirchen hat, als feste Größe der Gelsenkirchener Kunstszene, deren Gemälde und Skulpturen bereits in vielen europäischen Ländern ausgestellt wurden. Mit der Präsentation von Künstlerinnen und Künstlern aus ihrer Heimatstadt verfolgen die Abgeordneten die Absicht, den anderen Abgeordneten wie Besuchern des Landtags die künstlerische Kraft und Vielfalt NRWs sichtbar zu machen.



Urheber: Benjamin Minas (SPD-Landtagsfraktion)

In Anwesenheit des SPD-Fraktionschefs Thomas Kutschaty führte Dr. Andrea Büsing-Kolbe die zahlreichen Gäste anregend in die ausgestellten Arbeiten von Bernd und Marion Mauß ein. Heike Gebhard zieht ein positives Fazit: "Die Veranstaltung war ein Erfolg. Die Gäste, die den Weg nach Düsseldorf fanden, waren von dem Ambiente, in dem die Ausstellung sich in den nächsten Wochen (bis zum 26.04.) präsentiert, sehr angetan.

"Vollkommen uneigennützig waren diese Bemühungen nicht", gibt Heike Gebhard mit einem Augenzwinkern zu. "Die Arbeiten von Marion und Bernd Mauß fügen sich gut in die Räumlichkeiten des Landtags ein. Ich freue mich darauf, in den nächsten Wochen zwischen den Sitzungen regelmäßig diese Kunstwerke bewundern zu können."

Auch für Besucherinnen und Besucher des Landtags NRW bietet sich noch ausreichend Gelegenheit, die Ausstellung zu besichtigen. Ohne Voranmeldung, aber mit amtlichem Lichtbildausweis, besteht an folgenden Wochenenden die Möglichkeit zum Besuch des Landtags, sowie der Ausstellung "Malerei und Skulptur": 23./24.03., 30./31.03., 06./07.04., sowie 13./14.04. Bitte informieren Sie sich vor dem Reiseantritt beim Besucherdienst (0211/884-2955) über kurzfristige Änderungen.

Carina Gödecke und Heike Gebhard besuchen Frauenberatungsselle

Die Vizepräsidentin des Landtags NRW Carina Gödecke war zu Gast in Gelsenkirchen. Eingeladen von der örtlichen Landtagsabgeordneten Heike Gebhard besuchten sie gemeinsam die Räumlichkeiten des eingetragenen Vereins "Engagierte Frauen für Asylantinnen".

In einem Gespräch mit rund 15 Vertreterinnen des EFA e.V., sowie der Frauenberatungsstelle und dem Frauenhaus Gelsenkirchen, informierten sich Carina Gödecke und Heike Gebhard vor Ort über die Unterstützungsangebote für Frauen.

Der interkulturelle Ansatz des Vereins wird unter anderem in Form eines wöchentlichen "Internationalen Frauenfrühstücks" unterstrichen. Darüber hinaus bietet der Verein Bera-



Urheber: Daniel Schliefke

tungsangebote, Selbstbehauptungskurse für junge Frauen unter 21 und auch niederschwellige Sprachkurse an – hauptsächlich getragen von ehrenamtlichen Mitstreiterinnen.

"Uns wurde deutlich, unter welchen schwierigen Bedingungen diese so wichtige Integrationsarbeit stattfindet. Beeindruckt hat uns, welche Potenziale viele Frauen mitbringen, die zurzeit noch ungenutzt bleiben", lautet das Fazit der Gelsenkirchener Landtagsabgeordneten Heike Gebhard.

"Besonders beeindruckt hat uns in diesem Zusammenhang das Herzblut und das hohe ehrenamtliche Engagement der Frauen. Anders wären diese Projekte überhaupt nicht möglich. Wir möchten deshalb ausdrücklich allen engagierten Frauen einen herzlichen Dank sagen", so Carina Gödecke, Vizepräsidentin des Landtags NRW.



Urheber: Daniel Schliefke

Terminhinweise



Anmeldung und weitere Details gibt es hier



